



*Heimatliebe
und Brauchtum
sind das Fundament unserer Zukunft!*

Herzlichst, Ihr


Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Alles Gute für 2020!

Interview:

**Manfred Haimbuchner
im Gespräch**

Seite 2-3

Wohnbau:

**Deutsch für
Integration**

Seite 9

Sicherheit:

**Wullowitz muss
Folgen haben**

Seite 12-13

Interview:

FPÖ setzt auf die richtigen Themen

Im direkten Gespräch mit Bürgern und Funktionären hat FPÖ-Landesparteibmann Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erkannt, dass nach den äußerst turbulenten und der schnellen Abfolge an Ereignissen eine Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft der FPÖ besteht. Über Vertrauensverlust, Glaubwürdigkeit und neue Maßstäbe spricht er offen über die Zukunft der Freiheitlichen.

Nach all den Ereignissen, aber auch den Ergebnissen etwa der Nationalratswahl – wie beurteilen Sie die Lage für die FPÖ?

Manfred Haimbuchner: Wir haben vom Wähler die Rechnung präsentiert bekommen für die Fehlentwicklungen der letzten Monate. Unser Absturz in der Wählergunst ist vollkommen zu Recht erfolgt. Wir müssen ganz klar die Partei strukturell erneuern, die im Raum stehenden Vorwürfe lückenlos aufklären und die Konsequenzen ziehen.

Wie wollen Sie die Glaubwürdigkeit bei den vielen Menschen wiedergewinnen?

Haimbuchner: Ein Vertrauensverlust wie dieser kann von einem Moment auf den anderen passieren, Vertrauen wieder aufzubauen ist dagegen ein langfristiger Prozess. Wir haben nun die Aufgabe, den Bürgern wieder zu zeigen, was freiheitliche Politik wirklich bedeutet.

Sie leiten eine Arbeitsgruppe, um neue „Compliance Regeln“ für die FPÖ auszuarbeiten.

Haimbuchner: Wir werden neue Maßstäbe in der FPÖ einführen, ethische und

moralische Werte festlegen, die strenger sind, als es das Gesetz vorschreibt. Es wird Leitlinien geben – von Dienstreisen bis zu Veranstaltungen – mit denen klare, deutliche und enge Grenzen für Spitzenfunktionäre gesetzt werden. Daran arbeiten wir mit externen Beratern aus der Wirtschaft, damit sich derartige Entgleisungen Einzelner nicht wiederholen können.

Wie sehen Sie die Zukunft der FPÖ?

Haimbuchner: Wir Freiheitliche machen Politik nicht wegen irgendwelcher Posten oder Gehälter, sondern weil wir an etwas Größeres glauben. Wir glauben an dieses Österreich und wir glauben an unser Volk. Die oftmals tausenden ehrenamtlichen Helfer, Mitglieder und Funktionäre in den Bezirken und Gemeinden in Oberösterreich und den anderen Bundesländern leben genau diese freiheitlichen Grundwerte. Dieser freiheitliche Geist von Anstand und Bodenständigkeit, der an der Basis ganz selbstverständlich gelebt wird, hat in den vergangenen Jahren in Teilen der Parteiführung leider enorm gelitten.

Die FPÖ muss sich wieder auf jene Tugen-

den besinnen, mit denen wir einst das Vertrauen der Bürger gewonnen haben.

Stichwort Leistung und Fleiß – lohnt sich das für die Menschen?

Haimbuchner: Wir sind eine rechte Partei, die die Verschiedenheit der Menschen und ihre Leistungen anerkennt, und das Eigentum schützt. Wir stellen uns entschieden gegen sozialistische Gleichmacherei aller Art. Die Menschen wissen, dass die FPÖ dafür eintritt, dass unsere christlich-abendländische Kultur bewahrt wird. Wir sagen klar nein zu linken Gesellschaftsexperimenten.

Gilt der Anspruch des dritten Lagers für Sie nach wie vor, in diesem Land etwas zu verändern?

Haimbuchner: Wenn wir bereit sind, statt Popstarkult und Polarisierung unsere klar rechten Positionen in Sprache und Auftreten seriös zu präsentieren, dann wird es gelingen, das verlorengegangene Vertrauen der Menschen wiederzugewinnen. Dann werden wir auch in der Lage sein, als Regierungspartner in diesem Land dauerhaft etwas zu bewegen.

”

Wir Freiheitliche machen Politik nicht wegen irgendwelcher Posten oder Gehälter, sondern weil wir an etwas Größeres glauben. Wir glauben an dieses Österreich und wir glauben an unser Volk. “

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner
Landesparteiobmann

Drei Mal mehr Drogenlenker in drei Jahren

Waren es im Jahr 2016 noch 286 Anzeigen gegen Drogenlenker, so geht man im laufenden Jahr davon aus, dass es über 800 sein werden – dank verbesserter Kontrollmöglichkeiten und hier vor allem durch den Einsatz der Drogenvortestgeräte.

„Drogen beeinträchtigen die Wahrnehmung, Konzentrations- und Reaktionsfähigkeit und sind eine erhebliche Gefahr im Straßenverkehr. Drogenlenker im Straßenverkehr spielen nicht nur mit ihrem eigenen Leben, sondern auch mit dem der anderen Verkehrsteilnehmer und -teilnehmer“, so Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner.

Durch diesen Anstieg an Drogenlenkern um 285 Prozent kommen immer mehr Drogenlenker auch in die verkehrspsychologische Nachschulung. Nach wie vor sind Drogenlenker jedoch weit weniger



Im heurigen Jahr werden voraussichtlich über 800 Drogenlenker von der Polizei in Oberösterreich aus dem Verkehr gezogen

gefährdet, von der Polizei erwischt zu werden als alkoholisierte Autofahrer.

„Viele Verkehrsteilnehmer unterschätzen die Gefahr, wenn sie unter Drogeneinfluss fahren“, sind für Steinkellner gesetzliche

Adaptierungen in verschiedenen Bereichen nötig. „Sowohl Verfahrenserleichterungen, ein angepasstes Strafmaß für Vergehen als auch eine intensivere Betreuung, um das Ausmaß der Abhängigkeit zu bekämpfen, halte ich für sinnvoll“, so Steinkellner.



Jugendschutz in OÖ:

Erfreuliche Testkauf-Halbjahresbilanz 2019



LR Ing. Wolfgang Klinger

Für Landesrat Ing. Wolfgang Klinger, zuständig für den Jugendschutz, ist die Halbjahres-Testkauf-Bilanz erfreulich. „In 88 Prozent bzw. 367 Betrieben, die getestet wurden, wurden die geltenden Jugendschutz-Bestimmungen eingehalten. Dabei wurde an unter 16-Jährige kein gebrannter Alkohol abgegeben. In den restlichen 50 Betrieben (12 Prozent) war dies nicht der Fall“, nennt Klinger Zahlen. Damit sei die Abgabenquote im Vergleich zum Jahresergebnis des Vorjahres um 12,5 Prozent gesunken.

Konkret sind für 2019 in ganz Oberösterreich 1.160 standardisierte Testkäufe geplant und im ersten Halbjahr wurden bereits 417 Testkäufe im Lebensmittel-Einzelhandel (286 Betriebe), Tankstellenshops (84 Betriebe) und in der Gastronomie (47 Betriebe) durchgeführt.

Ziel sei es, betont Klinger, „durch die Testkäufe bei den Betriebsverantwort-

lichen und beim Verkaufspersonal das Bewusstsein für die Einhaltung der Bestimmungen des Oö. Jugendschutzgesetzes zu schärfen und zu fördern.“ Das Land Oberösterreich werde weiterhin die Testkäufe durchführen und auch ausbauen. „Nur durch eine kontinuierliche Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen kann weiterhin sichergestellt werden, dass dem Jugendschutz entsprochen wird.“



Kein Schutz für Kurzehen-Asylwerber

Anfang November kam auf, dass ein Imam einer Linzer Moschee einem Asylwerber aus Afghanistan jeweils für 1.000 Euro Kurzehen mit minderjährigen Mädchen verkauft haben soll. Finanziert haben soll sich der Flüchtling das durch den Drogenhandel. Laut Medien soll der Afghane zwei Mädchen mit Crystal Meth gefügig und abhängig gemacht haben, bevor er sie kurzzeitig geheiratet hatte. Für FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr „ist dieser importierte Islamismus mit unseren heimischen Werten nicht vereinbar. Es ist unbegreiflich, wie so etwas in unserem Land möglich sein kann. So etwas wollen und werden wir nicht dulden.“

„Die Integration ist hier klar gescheitert. Da ist auch nichts mehr zu retten. Wer unsere Werte so mit Füßen tritt, darf kein Schutzrecht in unserem Land haben. Damit geht auch ein massives Sicherheitsproblem für unsere Gesellschaft einher“, fordert Mahr die sofortige Abschiebung des Asylwerbers. „Aber auch der Imam, der damit offenbar Geld verdient hat, stellt für unsere heimische Gesellschaft ein Problem dar. Selbst im Islam gilt die Kurzehe als umstritten. Die betroffene Moschee muss jedenfalls genau überprüft werden. Weitere derartige Fälle darf es nicht geben.“

„Dass immer wieder Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen ihre Sitten über unseren

Rechtsstaat stellen, darf nicht einfach hingenommen werden. Dagegen muss dringend etwas unternommen werden. Die künftige Bundesregierung hat hierbei viel zu tun“, fordert Mahr.

„Unser Land ist mit immer mehr Integrationsproblemen konfrontiert. Der bisherige Kuschelkurs von Landesrat Anschöber zeigt zu wenig Wirkung.

Es braucht wirksamere Maßnahmen, die sich am neuen Integrationsleitbild Oberösterreichs orientieren. Nur so kann das Zusammenleben gelingen“, betont Klubobmann Mahr.

Klubobmann Ing. Herwig Mahr: FPÖ fordert sofortige Abschiebung und genaue Überprüfung der Moschee.



Sondertopf: 20 Millionen Euro extra für Gemeinden

Bis zum Jahr 2021 wird es vom Land Oberösterreich einen „Sondertopf“ von 20 Millionen Euro geben. Dabei sollen fünf Millionen direkt in die regionale Infrastruktur – Güterwege, Gemeindestraßen – fließen. 15 Millionen aufgeteilt auf 2019, 2020 und 2021 erhalten die Gemeinden mittels Direktzahlungen für Gemeindeinvestitionen.

Schwerpunkt dabei ist u.a. die Förderung des ehrenamtlichen Engagements. Je nach Gemeindegröße gibt es von 15.000 bis zu 90.000 Euro in den drei Jahren – für die Statutarstädte 100.000 Euro – aus dem Verstärkungstopf des Landesfinanzreferenten.

„Die Gemeinden können“, so Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner „selbst entscheiden, welche Projekte gefördert werden.“ Die Gemeinden „müssen nicht“ die Gelder jährlich aufbrauchen, sondern können durchaus für größere Projekte „ansparen“,

Foto: de.wikipedia.org/Standby (CC BY-SA 3.0)



„Unbürokratisch wird das Geld an die Gemeinden verteilt werden. Es ist uns gelungen, eine sehr pragmatische Lösung zu erarbeiten“, betont Haimbuchner.



Die heiße Klimadebatte:

Wissenschaft und Politik im Zwiespalt?

Der Liberale Klub Oberösterreich tagte zum 19. Mal in den Linzer Redoutensälen und diskutierte den Einfluss der aktuellen Klimadebatte auf die Politik. Mit dem Journalisten Henryk M. Broder konnte ein Hauptredner gewonnen werden, der in seinem Referat pointiert und mit viel Ironie die Vorgänge rund um den Klimaschutz beschrieb. Mit ihm diskutierten am Podium der Europa-Abgeordnete Dr. Georg Mayer und der Pressesprecher des Klimavolksbegehrens, René Röbl. Das kontroverse Thema zog viele Interessierte an, so dass der Redoutensaal bis auf den letzten Platz gefüllt war.

„Die gesamte Debatte um den Klimaschutz nimmt inzwischen religiöse und totalitäre Züge an. Kritiker werden mundtot gemacht und Politiker überschlagen sich in Klimaaktivismus“, kritisierte Henryk M. Broder in seinem Vortrag. „Besonders wenn es heißt, nahezu alle Wissenschaftler seien sich einig, dann ist höchste Vorsicht geboten. Wissenschaft ist keine Demokratie – es gab einmal eine Zeit, da waren sich alle Wissenschaftler einig, dass die Welt eine Scheibe sei. Kein Wissenschaftler hat die Wirtschaftskrise vorhergesagt. Die Klimadebatte ist daher hysterisch und scheinheilig, denn es gab immer kältere und wärmere Zeiten.“ Auch eine „Infantilisierung“ der Gesellschaft ortete Broder beim Blick auf die Protestveranstaltungen der „Fridays vor Future“-Bewegung.

Der Europaabgeordnete Georg Mayer bezweifelte, dass es der Politik – auf nationaler und auf EU-Ebene – gelingen könne, effektive Maßnahmen gegen eine Klimaveränderung zu ergreifen: „Niemand hat etwas gegen Umweltschutz, aber es ist zu bezweifeln, dass die EU Klimaschutzmaßnahmen umsetzen kann, die schaffen es ja nicht einmal, den Brexit zu regeln.“ Vor allem fehle ihm in der gesamten Diskussion das Augenmaß und der Hausverstand. „Es wird Panik verbreitet und Vorschläge werden nicht zu Ende gedacht. Das ist in der Politik grob fahrlässig.“

Anders als der Hauptredner zeigte sich der Pressesprecher des Klima-Volksbegehrens René Röbl davon überzeugt, dass umgehend Maßnahmen zum Klimaschutz ergriffen werden müssen und die Proteste der Schüler dazu einen wichtigen Anstoß für die Politik bedeuten: „Der Wissenschaft glaubt man, dass Impfen gut ist und Rauchen Krebs verursacht. 97 % der Wissenschaftler sagen, dass das CO2 für den Klimawandel verantwortlich ist.“ Auf die Frage, wie Röbl die Rolle der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg bewertet, sagte er, dass es „imposant ist, dass Greta Thunberg es geschafft hat, weltweit so eine Bewegung anzustoßen. Denn die Klimathematik wurde weltweit bis dahin stiefmütterlich behandelt.“



Dr. Georg Mayer, René Röbl, Henryk M. Broder und DI Dr. Adalbert Cramer (v.l.n.r.)

Polizei: Erfolg bei Personalvertretungswahlen

Der Landesparteibeamte der FPÖ OÖ, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner gratuliert Josef Wagenthaller und seinen Kollegen von der „AUF-OÖ Polizei“ zum Ergebnis bei den Personalvertretungswahlen in Oberösterreich.

„Die gute und kontinuierliche Arbeit für die Kollegen wurde mit 25,56 Prozent und dem erneuten zweiten Platz belohnt. Die freiheitlichen Personalvertre-

ter sind weiterhin im Fachausschuss mit zwei Mandaten vertreten und werden ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen“, so Haimbuchner.



Schifahren soll in OÖ nicht am Geld scheitern

„Schifahren kostet Geld, aber in Oberösterreich soll es nicht am Geld scheitern“, betont FPÖ-Landesparteibeamte, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, der selbst in jungen Jahren das Schifahren erlernt hat und sich das auch für die Kinder in Oberösterreich wünscht.

Das Land Oberösterreich bietet auch heuer wieder gratis Liftkarten für Schul- und Kindergartenschüler an. Von der Schulleitung bzw. vom Träger des Kindergartens können diese kostenlosen Liftkarten auf www.familienkarte.at beantragt werden.

Schivergnügen pur für die ganze Familie ab fünf Euro gibt es bei den Familienskitagen „Happy Family“ am 18. und 19. Jänner. Pistenprofis und Anfänger freuen sich auf die „Snow & Fun“ Familienskitage am 25. und 26. Jänner. Alle Infos dazu gibt es auf www.familienkarte.at

Foto: Land OÖ/Kraml



Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner: „Oberösterreichische Kinder sollen Schifahren lernen.“



Immer mehr Park & Ride und Bike & Ride-Anlagen

Seit 2017 wurden rund 1.100 PKW-Stellflächen sowie über 1.500 Rad-Stellplätze errichtet, weitere 1.200 Parkmöglichkeiten für Autofahrer kommen in den nächsten Jahren.

Mit dieser Bilanz zufrieden ist Landesrat Mag. Günther Steinkellner: „Das Infrastruktur-Ressort und die Standortgemeinden in Oberösterreich leisten mit dem Ausbau einen wichtigen Beitrag für eine moderne Mobilität. Damit ermöglicht werden soll ein attraktiver und bequemer Umstieg auf die Bahn und somit ein stressfreies Reisen zum Zielort.“



Steinkellner hebt hervor, dass mit dem kontinuierlichen Ausbau die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gefördert werde. „Mit diesen Anlagen wird der öffentliche Verkehr attraktiver. Und jeder einzelne Fahrgast leistet mit dem Umstieg vom Auto auf die Bahn einen Beitrag für die Umwelt und auch für die Verkehrssicherheit.“

iFF Oberösterreich:

Erfolgreicher Familienkalender wird für 2020 fortgesetzt

Erneut gibt es den Familienkalender 2020 der „initiative Freiheitliche Frauen“ (iFF) Oberösterreich gemeinsam mit dem Freiheitlichen Familienverband Oberösterreich, dem Frauenreferat und dem Familienreferat des Landes Oberösterreich.

„Der Erfolg des letzten Jahres – innerhalb kürzester Zeit war der Familienkalender vergriffen – bestätigt uns, dass Familien neben digitaler Möglichkeiten gerne den Familienalltag mit privaten, dienstlichen und schulischen sowie anderen Terminen auf Papierform bringen“, so die Landesobfrau der „iFF“, NAbg. Rosa Ecker, MBA.



Der neue Familienkalender für 2020 ist eingetroffen. Mit vielen Infos rund um Frauen- und Familienförderungen.

Exemplare gibt es über die Bezirksobfrauen der „iFF“, bei Veranstaltungen der „initiative Freiheitliche Frauen“ Oberösterreich und in den FPÖ-Bezirksgeschäftsstellen sowie beim Familienreferat des Landes Oberösterreich.

Pflege-Ausbauprogramm: Geld effizient einsetzen



Die FPÖ begrüßt den angekündigten Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung, mahnt hierzu mehr Effizienz im Sozial-Ressort ein.

Der für die Jahre 2022 bis 2028 von der zuständigen Sozial-Landesrätin Birgit Gerstorfer angekündigte Ausbau von Angeboten für Menschen mit Beeinträchtigung ist für die FPÖ grundsätzlich begrüßenswert. „Es wird darauf zu achten sein, dass für die Finanzierung die Gelder effizient im Sozialressort eingesetzt werden“, sieht FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr „hier noch viel Handlungsbedarf.“

Mahr nannte auch konkrete Zahlen, wonach Ende 2018 laut Antwort auf eine schriftliche Anfrage der FPÖ an Sozial-Landesrätin Gerstorfer bei den Unterstützungsmöglichkeiten von daheim betreuten beeinträchtigten Personen ein Fehlbedarf von 1.421 Plätzen bestand. „Und in 376 Fällen wäre die erforderliche Hilfe sogar sehr dringend gewesen“, so der FPÖ-Klubobmann.

Es bestehe Einigkeit darin, dass ein Ausbau in diesem Bereich nötig sei. Gemeinsames Ziel müsse es sein, den Menschen bedarfsgerecht zu helfen. „Dafür kann aber nicht einfach das Finanzierungs-Füllhorn über dem Sozialbereich ausgeschüttet werden. Das wäre höchst unvernünftig dem Steuerzahler gegenüber. Vielmehr muss eine nachhaltigere Lösung angestrebt werden. Der Ausbau muss durch einen effizienteren Mitteleinsatz gelingen“, fordert Mahr von Landesrätin Gerstorfer, die Effizienz in

ihrem Ressort zu steigern.

Für die Ausbaupläne ab 2022 sei, so Mahr, genügend Zeit „die verfilzten Finanzierungsstränge und komplexen Strukturen im Sozialressort zu entwirren. Es gibt genügend Berichte, die seit Jahren aufzeigen, dass dies überfällig ist.“ Gerstorfer müsse nun erst einmal dafür sorgen, „dass das aktuelle Ausbauprogramm problemlos abgeschlossen werden kann.“

Das Sozialbudget wird von 2015 bis zum Jahr 2021 um 148 Millionen Euro erhöht, das sind rund 26 Prozent. „Diese Zahlen belegen: im Sozialbereich wird nicht gekürzt. So viel zusätzliches Geld fließt in keinen anderen Bereich“, mahnt der FPÖ-Klubobmann effizientes Wirtschaften ein und spart nicht mit Kritik an der Sozial-Landesrätin: „Immer wieder kündigt sie Dinge an, wofür sie nicht einmal ansatzweise die Finanzierung sichergestellt hat.“

Deutschkenntnisse als Schlüssel zur Integration

„Deutschkenntnisse sind unverzichtbar für eine gelungene Integration. Die vergangenen Versäumnisse der Politik in diesem Bereich sollen aber jene Personengruppe nicht benachteiligen, die durch ihre berufliche Tätigkeit einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet hat“, stellt Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner fest.

Seit Inkrafttreten der Novelle des Oö. Wohnbauförderungsgesetzes mit 1. Jänner 2018 haben mehr als 1.000 Förderwerber um eine Ausnahme von den Integrationsanforderungen ersucht. Trotz teilweise jahrzehntelangem Aufenthalt in Österreich können sie die Mindestanforderung an die sprachliche oder berufliche Integration nicht erbringen. Auf diese unerwartbaren Integrationsversäumnisse wird nunmehr mit einer Novelle des Gesetzes ab Jänner 2020 reagiert. Dabei vorgesehen sind erweiterte Ausnahmebestimmungen für die Gewährung von Leistungen aus der Wohnbauförderung. „Wir haben

damit den Erkenntnissen aus der Verwaltungspraxis und der Lebensrealität Rechnung getragen“, betont Landes-

hauptmann-Stv. Dr. Haimbuchner die Wichtigkeit von Sprache und Leistung in der Integration.



Seit 2018 sind Leistungen aus der Wohnbauförderung – Zugang zu geförderten Wohnungen und auch zur Wohnbeihilfe – an Bedingungen geknüpft: Leistung und Spracherwerb.

Bei der Wohnbeihilfe gab es seitdem nicht nur unkundige Kritik, sondern auch Klagen. Weil man behauptet, die Wohnbeihilfe sei eine Kernleistung der Sozialhilfe und somit für alle zugänglich. Dieser „Irrtum“ wurde nunmehr rechtlich geklärt. Einer der führenden österreichischen Sozialrechtsexperten, Univ. Prof. Dr. Wolfgang Mazal hat eine rechtliche Beurteilung unserer gesetzlichen Regelungen vorgenommen.

Das Ergebnis des Gutachtens: Die Wohnbeihilfe ist eine Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz. Ein Teil der Abgaben, die wir von unserem Einkommen leisten sind die Wohnbauförderungsbeiträge, durch welche die budgetären Mittel der Wohnbauförderung mitfinanziert werden. Diese Regelung spiegelt daher auch den Gedanken der Leistungsgerechtigkeit wider. Neben

dem Gedanken der Leistungsgerechtigkeit ist es uns ebenso wichtig, dazu beizutragen, dass Integration in unserer Heimat endlich funktioniert. Eine Grundvoraussetzung dafür ist, die Sprache des Gastlandes im notwendigen Maß zu beherrschen, um mit seinem Umfeld kommunizieren zu können.

Ganz im Sinne des Integrationsleitbilds

Fehlt diese grundlegende Fähigkeit, wird jemand, der nach Österreich kommt unsere Kultur nicht verstehen können und nicht in der Gesellschaft ankommen. Das führt zu Enttäuschungen und fördert die Entwicklung von Parallelgesellschaften.

Nur wer ausreichend Deutsch kann, kann an unserer Gesellschaft teilhaben. Deutsch als gemeinsame Sprache bildet eine wesentliche Grundlage für das

Zusammenleben. Es ist eine der Grundvoraussetzungen, um die Chancen, die ein Leben in unserem Land bietet, wahrnehmen zu können. So steht es auch zu Recht im einstimmig beschlossenen Integrationsleitbild Oberösterreichs. Das ist auch der Grund dafür, dass das Beherrschen unserer Sprache als Voraussetzung für die Wohnbeihilfe verankert wurde. Ganz im Sinne des Leitbildes. Nur wer die dort verankerten Integrationsleistungen auch erbringt, soll vollen Zugang zu den Leistungen unseres Staates haben.

Wir dürfen Drittstaatsangehörige bei der Wohnbeihilfe anders behandeln als EU-Bürger, das sagt auch das Rechtsgutachten von Professor Dr. Mazal ganz klar aus. Diese Klarstellung der rechtlichen Rahmenbedingungen untermauert das, was wir immer schon gesagt haben. Im Sinne unserer Heimat, die ein Ort der Sicherheit und Leistung bleiben muss, den wir erhalten und selbst gestalten wollen.



Foto: LAWOÖ

Am Bild v.l.n.r. Direktor Frank Schneider, Mag. Annette Haimbuchner, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Direktor DI Herwig Pernsteiner

Großes goldenes Ehrenzeichen

Dem Wohnbaureferenten, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner wurde das große goldene Ehrenzeichen des „Österreichischen Verbandes gemeinnütziger Bauvereinigungen“ für seine Verdienste im sozialen Wohnbau verliehen.

Diese besondere Auszeichnung spiegelt die langjährige und gute Zusammenarbeit des Wohnbaureferenten mit den Bauträgern wider. „Manfred Haimbuchner ist es in seinen bisher zehn Jahren als Wohnbaureferent vorzüglich gelungen, das Wohnen für die Menschen in Oberösterreich leistbarer und qualitätsvoller zu gestalten. Für uns als Gemeinnützige in Oberösterreich ist vor allem die Kontinuität im Wohnbau Thema, aber auch die bedarfsgerechte Ver-

teilung der Wohnbauförderungsmittel von großer Bedeutung“, drückt Direktor Frank Schneider die Wertschätzung einer gelebten Partnerschaft zwischen Politik und Bauwirtschaft aus.

Durch ein klares Regelwerk, welches mit den Wirtschaftlichkeitsparametern und den Standardausstattungskatalog geschaffen wurde, wurde Chancengleichheit für die Bauträger geschaffen und durch ein auf Jahre hin durchge-

plantetes Bauprogramm, wird kontinuierlich leistbarer Wohnraum geschaffen. Das hohe Maß an Bedarfsdeckung durch die Gemeinnützigen wirkt auch preisdämpfend auf den freien Markt. Manfred Haimbuchner dankte bei der Verleihung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und sieht sich mit dieser Auszeichnung darin bestärkt, „den erfolgreichen Weg in der Wohnbaupolitik weiter zu gehen.“



Der wiedergewählte Landesobmann LAbg. Walter Ratt (dritter von links) mit dem Vorstand des Seniorenrings.

OÖ. Seniorenring: Ratt als Landesobmann bestätigt

Am Landestag des Oö. Seniorenrings Anfang November wurde LAbg. Dr. Walter Ratt mit über 95 Prozent von den 300 Delegierten in seinem Amt bestätigt.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Einig in die Zukunft, als Freun-

de, Kameraden und große Familie“. Zu seinen Stellvertretern wurden gewählt: Helmut Haider (Vöcklabruck, Finanzreferent), Anneliese Hoppenberger, (Braunau, Organisationsreferentin), Herbert Stockinger (Ried) und Hans Dieter Götz (Steyr).

Sicher ist, wer sichtbar ist!

Mit der kalten Jahreszeit und den kürzer werdenden Tageslichtzeiten ist besonders der Winter für Fußgänger die gefährlichste Jahreszeit. „Nicht nur die schwierigen Witterungsverhältnisse, sondern auch die mangelnde Erkennbarkeit bzw. schlechte Sichtbarkeit sind Gründe dafür“, gibt es laut Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner vom Land OÖ kostenlose Reflektorbänder.



LR Mag. Günther Steinkellner

Wirbelndes Laub, spiegelnde Straßen, Regen, Schnee, geringe Tageslichtphasen, Nebelschwad. Um bei diesen schlechten Sichtverhältnissen als Fußgänger gesehen zu werden, gibt es bei allen Stützpunkten des ÖAMTC und ARBÖ und im Büro von

Infrastruktur-Landesrat Steinkellner unter Reflektorband@ooe.gv.at (so lange der Vorrat reicht) die Reflektorbänder.

„Für Fußgänger ist der Winter die gefährlichste Jahreszeit, rund jeder dritte Unfall passiert in diesem Zeitraum. Mittels reflektierenden Materials ist man im Optimalfall ab etwa 125 Metern erkennbar, bei dunkler Kleidung erst ab ca. 25 Meter“, empfiehlt Steinkellner vor allem Schulkindern und Senioren, aber auch Sportlern die Reflektorbänder. Optimal sei die Verwendung zweier Bänder diagonal – eines am Unterarm und eines auf Wadenhöhe am gegenüberliegenden Bein. „Nimmt man nur ein Reflektorbänder, so sollte das auf der der Straße zugewandten Körperseite getragen werden“, macht Steinkellner auch die Radfahrer aufmerksam, auf Sichtbarkeit zu achten. Dazu gehöre eine optimale Funktion der Pedalrückstrahler und der Speicher-Reflektoren.

Bundesheer & Justiz:

Ausgezeichnete Ergebnisse der AUF/AFH

FPÖ-Landesparteibeamten, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FPÖ-Wehrsprecher, LAbg. Michael Gruber gratulieren der AUF/AFH zum Wahlergebnis bei den Personalvertretungswahlen beim Österreichischen Bundesheer und der Justiz.

Das Ergebnis sei eine eindrucksvolle Bestätigung der Marschrichtung, die die Personalvertreter in beiden Bereichen eingeschlagen haben und nunmehr weiterverfolgen werden.

Besonders erfreulich sind die Mandatzugewinne beim Bundesheer und in der Justizvollzugsanstalt Asten. Beim Heer gab es ein Plus im Fachausschuss Oberösterreich sowie bei den Dienststellenausschüssen Ried/Innkreis (PzGrenB 13) und Wels (PzB 14). Beim Militärkom-

mando und beim Kommando der 4. Pz-GrenBrig in Hörsching stellt die AUF/AFH Fraktion sogar alle Mandatare im jeweiligen Dienststellenausschuss.



„Der Pflegepersonalmangel muss die Politik endlich wachrütteln. Es braucht vielseitige Maßnahmen, damit der künftige Bedarf ausreichend gedeckt werden kann. Hier ist sowohl Oberösterreichs Sozialreferentin als auch die neue Bundesregierung dringend gefordert“, fordert Mahr anlässlich einer aktuellen Statistik des Sozialressorts Oberösterreichs.

Demnach werden bis 2025 500 neue Betten in Altenheimen benötigt. Aktuell stehen allerdings 350 der 12.760 Betten aufgrund von Personalnot leer. Bis 2040 wird ein Anstieg der Pflegegeldbezieher auf 126.000 prognostiziert. (Stand Juli 2019: 69.486)

Pflegepersonalmangel muss bekämpft werden

„Es muss mehr in die Pflege daheim investiert werden. Diese Form ist sowohl aus gesellschaftlicher als auch aus finanzpolitischer Sicht von Vorteil. Unter anderem bewirkt dies im Umkehrschluss eine Entlastung für die stationäre Pflege“, fordert Mahr. „Wer zuhause gepflegt wird, soll besser unterstützt werden.“



Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Das Lösen von Problemen durch Gewalt und der religiöse Fundamentalismus nehmen in Österreich zu. Die polizeiliche Kriminalstatistik verzeichnet seit Jahren einen Anstieg von Gewaltdelikten mit Stichwaffen, wobei es sich bei den Tätern oftmals um Asylwerber, Asylberechtigte oder andere Drittstaatsangehörige handelt.

Nicht selten stammen die Täter aus bestimmten kulturell und religiös geprägten Ländern, in denen die Hemmschwelle zur Gewalt wesentlich niedriger und sozial akzeptierter erscheint. Auch in Oberösterreich ist die Zahl der Fälle von Ausländergewalt – hier insbesondere der Gruppe von Afghanen – auf einem viel zu hohen Niveau.

Es darf nicht sein, dass der tägliche Messerangriff zum gewohnten Bild in unserem Land wird.

Oberösterreich muss wieder sicher werden

Wir brauchen ein entschlossenes Handeln, um die Sicherheit unserer Bevölkerung gewährleisten zu können und die ausufernde Gewalt mit Stichwaffen in unserer Heimat endlich in den Griff zu bekommen. Es muss unser oberstes Ziel sein, eine sichere Umgebung für unsere Bevölkerung zu schaffen, ohne dabei jene Freiheit zu opfern, die wir uns als zivilisierte Gesellschaft mühsam errungen und erarbeitet haben. Es ist die Pflicht des Staates für die Sicherheit seiner Bürger

zu sorgen, gleichzeitig jedoch aber nicht auf Kosten der Mehrheit an gesetzestreuenden Bürger zum „Law and order“-Staat zu werden. Es ist an der Zeit, die Probleme bei der Wurzel zu packen und möglichst punktgenaue und zielgerichtete Lösungen zu finden und umzusetzen.



LR Klinger

”

Die FPÖ will als Konsequenz aus dem Fall zudem eine Gefährdungsklassifizierung von Asylwerbern nach Vorbild der Justizwache. “



Wulłowitz

40 Prozent aller Gewaltdelikte in Österreich sind auf Ausländer – darunter Deutsche, Rumänen, Serben sowie Türken und Afghanen – zurückzuführen. „Natürlich möchte ich keinesfalls alle Flüchtlinge unter Generalverdacht stellen, dennoch muss das Gefährdungspotential, das von dieser Personengruppe ausgeht, endlich realistisch beurteilt werden. Dabei geht es längst nicht nur um fundamentalistische Gruppierungen, sondern oftmals um völlig asymmetrische Gewalt- und

Aggressionspotentiale“, betont Haimbuchner. Und Klinger ergänzt: „Das jüngste Vorgehen eines Asylwerbers hier in Oberösterreich, bei dem wie so oft ein Messer als Tatwaffe eingesetzt wurde und dadurch zwei Menschen ihr Leben verloren, machte die Gewaltbereitschaft so mancher Mitmenschen auf tragische Weise wieder deutlich. Doch es darf nicht sein, dass der tägliche Messerangriff zum gewohnten Bild in unserem Land wird.“

Um diese Problematik in den Griff zu be-



Landesrat Ing. Wolfgang Klinger (li.) und Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner

muss Folgen haben

„Wir können nach dem Attentat von Wulowitz, bei dem zwei Menschen getötet wurden, nicht zur Tagesordnung übergehen“, so die klare Position von FPÖ-Landesparteiohmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und FPÖ-Sicherheitslandesrat KommRat Ing. Wolfgang Klinger. Die FPÖ tritt dafür ein, dass die Zuwanderungsbestimmungen verschärft werden. Es sei im Fall des verdächtigen Afghanen von Wulowitz die Frage zu stellen: „Wieso war er noch auf freiem Fuß?“, so Haimbuchner. Der Asylbescheid des Mannes war in erster Instanz negativ, in zweiter noch anhängig. Zuvor war der Verdächtige wegen eines Raufhandels, wegen einer Sachbeschädigung bei der Fahrprüfung, lautem Vorlesen aus dem Koran und wegen häuslicher Gewalt mit Wegweisung, aber ohne Anzeige, aufgefallen.

kommen, seien laut Haimbuchner unterschiedliche Mosaiksteine nötig: Die FPÖ will etwa mit verschärften Zuwanderungsbestimmungen gegen die „Gewaltbereitschaft von manchen Asylwerbern“ vorgehen.

Bei Delikten gegen Leib und Leben fordern Haimbuchner und Klinger die Prüfung einer automatischen U-Haft für „verdächtige Asylwerber“. Außerdem solle das Asylverfahren bei straffälligen Asylwerbern schneller abgewickelt werden und die Rechtsberatung für Asylan-

ten verbessert werden, die wieder in ihre Heimat rückgeführt werden sollen.

Bis heute sei oftmals die genaue Identität zugewanderter Menschen aufgrund fehlender Dokumente und falscher Angaben unbekannt. Die FPÖ will als Konsequenz aus dem Fall eine Gefährdungsklassifizierung von Asylwerbern nach Vorbild der Justizwache. So sollen diese auch automatisch als gefährlich eingestuft werden, wenn ihre Identität unklar sei. Die Unterbringung solle dann an diese Klassen angepasst und Risikounterkünfte

mit „strengen Ausgangsbestimmungen“ – also einer Hausordnung – versehen werden, so Haimbuchner.

„Für Leute, die extrem gefährlich sind, braucht es eine Sicherheitsverwahrung. Es ist daher zu prüfen, wie diese genau aussehen kann. Es ist zu prüfen, wer für die Gefährdungsklassifizierung zuständig ist“, spricht sich die FPÖ Oberösterreich dafür aus, dass bei Delikten gegen Leib und Leben eine automatische Untersuchungshaft für „verdächtige Asylwerber“ geprüft werden muss.



Nationalratsabgeordnete
Dr. Susanne Fürst

Direkte Demokratie ausbauen

Die FPÖ tritt weiterhin dafür ein, die direkte Demokratie auszubauen. Volksbegehren, welche mindestens vier Prozent der Stimmberechtigten, das sind derzeit etwa 250.000, erreichen, sollen eine verpflichtende Volksabstimmung zur Folge haben, sofern das Parlament dem Begehren binnen eines Jahres nicht Rechnung trägt, fordert die freiheitliche Verfassungssprecherin NAbg. Dr. Susanne Fürst.

„Gerade in heutiger Zeit, in der die direkte Demokratie immer weiter beschnitten und verunglimpft wird, um politisch unliebsame Entscheidungen wie den ‚Brexite‘ in Zukunft zu verhindern, muss die Verbundenheit der Politik mit den Bürgern wiederhergestellt werden. Denn der Bürger ist der Kern und das Herz unserer demokratischen Systeme. Dies beweist der Fall der innerdeutschen Grenzmauer 1989 eindrucksvoll. Dem Volkswillen muss in Zukunft eine eigene starke politische Stimme verschafft werden“, so Fürst.

Kulturhauptstadt 2024:

Große Chance für das Salzkammergut

FPÖ-Landesparteiobmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner gratuliert Bad Ischl und den weiteren Gemeinden, dass das Salzkammergut im Jahr 2024 europäische Kulturhauptstadt sein wird.

„Das Salzkammergut steht für Tradition, Brauchtum, Kultur und Heimat. Daher ist es eine große Chance für die teilnehmenden Gemeinden, wenn sie sich über Oberösterreich hinaus noch weiter verstärkt präsentieren können.“ Es müsse beim gesamten Projekt auf die Kosten geachtet werden, betont Haimbuchner: „Dann



Haimbuchner: Bad Ischl und das Salzkammergut stehen für Tradition, Brauchtum, Kultur & Heimat.

ist der Mehrwert für die Region und für Oberösterreich mit Sicherheit gegeben.“

Kampf gegen illegale Bettlerbanden

Die Anzahl osteuropäischer Bettlerbanden steigt – trotz der konsequenten Vorgehensweise gegen illegale Bettelei. Vor allem in urbanen Regionen hat die Exekutive alle Hände voll zu tun. Denn es werden immer neue Wege gefunden, der behördlichen Verfolgung zu entgehen.

Im heurigen Sommer wurden auf öffentlichen Plätzen vermehrt PKW zu mobilen Bettlerlagern umfunktioniert. Das führt in unmittelbarer Umgebung zu Müllablagerungen und Unzufriedenheit der Bevölkerung. „Dagegen können unsere Sicherheitsbehörden wegen fehlender rechtlicher Bestimmungen nichts unternehmen, da das Wild-Kampieren in Oberösterreich grundsätzlich erlaubt ist“, so Klubobmann Ing. Herwig Mahr und der Linzer Sicherheits-Stadtrat Mag. Dr. Michael Raml.

Das muss sich ändern. Illegale Bettelei beginnt bereits bei der Infrastruktur. Es braucht also eine rechtliche Handhabe, um das Problem an der Wurzel zu packen. „Deshalb werden wir in den nächsten Monaten eine gesetzliche Regelung erarbeiten. Ziel für Oberösterreich muss

eine Lösung mit Hausverstand sein“, zeigt Mahr auf, dass in Wien und Tirol die Länder ein generelles Verbot mit Möglichkeiten zur Ausnahme haben und in Salzburg und Vorarlberg die Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen territoriale Campingverbote erlassen können. „Oberösterreich wird sich an den bestehenden Regelungen orientieren“, so Mahr.

Neben einer gesetzlichen Definition des „Camping“-Begriffs braucht es ein Verbot samt Strafnorm für Campieren außerhalb von Campingplätzen sowie gezielte Ausnahmeregelungen für Sonderfälle.



Bundesheer für Sicherheit unserer Heimat von großer Bedeutung

"Unser Bundesheer ist ein wichtiger und verlässlicher Partner, wenn es um die Sicherheit unserer Bevölkerung geht. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sämtliche Kasernen in Oberösterreich erhalten bleiben. Unsere zukünftige Bundesregierung muss sich daher zum Erhalt aller Standorte bekennen", so Sicherheits-Landesrat KommR Ing. Wolfgang Klinger.

„Gerade im Katastrophenschutz ist das Bundesheer eine wichtige Stütze, wenn es darum geht, gemeinsam mit den anderen Einsatzorganisationen Katastrophen zu bewältigen. Nicht nur bei Hochwässern oder Stürmen, sondern auch bei Waldbränden ist das Bundesheer mit den Hubschraubern nicht wegzudenken. Es

ist für unsere Heimat essentiell, dass der Standort von Bundesheerhubschraubern in Oberösterreich gesichert ist“, untermauert Landesrat Klinger die Leistung des Bundesheeres bei derartigen Einsätzen.

„Unser Bundesheer leidet seit langer Zeit unter stetigen Einsparungsmaßnahmen.

Ich hoffe, dass die zukünftige Bundesregierung erkennt, dass ein leistungsfähiges Bundesheeres für die Sicherheit unserer Bevölkerung, vor allem im Bezug auf den Katastrophenschutz, besonders wichtig ist. Es dürfen daher keine weiteren Standorte in Oberösterreich mehr zur Debatte stehen“, betont Klinger.



Foto: Bundesheer/Dr. Ing. T. A. C.

Freiheitliche Jugend OÖ:

Silvio Hemmelmayr neuer geschäftsführender Landesobmann

Der 21-jährige Jus-Student Silvio Hemmelmayr aus Eferding wurde einstimmig zum geschäftsführenden Landesobmann gewählt. Hemmelmayr bildet nunmehr gemeinsam mit dem Landesobmann, Stadtrat Dr. Michael Raml eine Doppelspitze bei der Jugendorganisation der Freiheitlichen.

„Gemeinsam mit Michael Raml ist es mein Ziel, die Struktur unserer Organi-

sation zu verbreitern“, so Hemmelmayr. Und Raml ergänzt: „Mit Silvio Hemmelmayr als geschäftsführenden Landesobmann geben wir ein deutliches Zeichen zur Verjüngung der Jungfreiheitlichen.“ Der Landesvorstand dankte Michael Raml für seinen Einsatz in den letzten Jahren: „Wir werden den von ihm eingeschlagenen erfolgreichen Kurs – zum Wohle unserer Heimat – weiterführen.“



Einen Generationenwechsel gibt es an der Spitze der Freiheitlichen Jugend Oberösterreich.



„
Wir schaffen mit den
Fördermodellen ein
Stück finanzielle
und soziale Sicherheit.“

„Eines ist sicher: Die Wohnbauförderung mit Fixzinssatz von 0,75 Prozent“

Seit dem Jahr 2017 bietet die Wohnbauförderung des Landes OÖ – gemeinsam mit der HYPO Oberösterreich – eine einzigartige Finanzierungssicherheit, konkret: Stabile und über die gesamte Laufzeit gleichbleibende Zinssätze. „Damit können wir in Oberösterreich Planungssicherheit bieten und die Fördernehmer vor unliebsamen Überraschungen am Kapitalmarkt schützen“, so Wohnbaureferent, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner.

Der Anteil jener, die sich für die fixverzinsten Finanzierungsvariante entschieden haben, liegt bereits jetzt bei über 60 Prozent – zur Errichtung eines Eigenheimes und auch zur Finanzierung einer geförderten Eigentumswohnung. „Leistbares Bauen und Wohnen zu gewährleisten, ist das primäre Ziel des Wohnbauressorts. Wir schaffen mit den Fördermodellen ein Stück finanzielle und soziale Sicherheit. Um diese Sicherheit bieten zu können braucht es starke und verlässliche Kooperationspartner. Einer davon ist die HYPO Oberösterreich, die wie wir das Wohl Oberösterreichs zu einer Leitlinie ihres Handelns gemacht hat. Gemeinsam haben wir schon 2017 ein Finanzierungsmodell auf Schiene gebracht, das sich sehen lassen kann und nach wie vor einzigartig ist. Die bestehende Variante konnte jetzt auch noch ein Stück weit verbessert werden, denn Häuslbauer zahlen bald nur mehr einen fixen Zinssatz von

0,75% auf eine Laufzeit von 20 Jahren“, ist für Haimbuchner dieses Modell der Wohnbauförderung „eine wirkliche garantierte Sicherheit – nach wie vor einzigartig und beispielgebend.“

Zusätzlich unterstützt die Wohnbauförderung eine nachhaltige und energieeffiziente Bauweise als unverzichtbaren Beitrag zu einer intakten Umwelt und somit zum Schutz unserer Heimat. Bereits seit 2012 stellt die Verwendung von energieeffizienten, auf erneuerbaren Energiequellen basierenden Heizsystemen eine unabdingbare Voraussetzung für die Förderwürdigkeit. Mit der neuen Eigenheim-Verordnung 2018 wurden insbesondere energie-technische Vorgaben auf ein vernünftiges Niveau festgesetzt. Der Erhalt einer

Förderung ist seit 2018 bereits dann möglich, wenn das zu fördernde Objekt betreffend Heizwärmebedarf bzw. Gesamtenergieeffizienz den Vorgaben des Oö. Baurechts entspricht. Zusätzlich wird der Verzicht auf mineralölbasierte Dämmstoffe an der thermischen Hülle mit 10.000 Euro gefördert – somit ein Anreiz für eine nachhaltige Bauweise.

„Oberösterreich ist damit einmal mehr DAS Wohnbauland und bietet außergewöhnliche Konditionen für die Förderwerber. Die Fixzinsvariante ist in Österreich nach wie vor einzigartig. Um weiter am Puls der Zeit zu bleiben, werden wir auch die Förderbedingungen evaluieren. Wir werden uns insbesondere die Einkommensgrenzen ansehen, um

dafür Sorge zu tragen, dass diejenigen, die in und für Oberösterreich viel leisten, sich auch ihren Traum vom Eigenheim leisten können“, hebt der freiheitliche Wohnbaureferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner hervor.



Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.

Freie Fahrt auf Pannestreifen bald auch auf der A1?

Die Asfinag prüft, auch auf der A1 – zwischen Voralpenkreuz und Regau Richtung Linz bei Verkehrsüberlastung den Pannestreifen freizugeben. Diese Möglichkeit gibt es bereits auf der A4 in Niederösterreich zwischen Simmeringer Haide und dem Knoten Schwechat seit Juli 2018 und die Erfahrungen seien gut.



LR Mag. Günther Steinkellner

Konkret soll damit zu Stoßzeiten erreicht werden, den Verkehrsfluss zu verbessern. Zeigen die Sensoren eine Überlastung, wird der Pannestreifen temporär für etwa 60 Minuten freigegeben werden. Laut Asfinag sei dies eine Möglichkeit, um den rasch wachsenden Verkehr auf Österreichs Autobahnen und Schnellstraßen zu bekämpfen. Zwischen den Jahren 2008 und 2018 sei der Verkehr im Großraum Linz auf der A7 und der A1 um 17 Prozent gewachsen.

Eine weitere Maßnahme sind zudem neue Straßen: Derzeit wird etwa die Donaubücke für den Westring gebaut und die Linzer Voestbrücke erweitert. Zudem geplant ist die Erweiterung der S10 von Freistadt bis Rainbach und spä-

ter bis zur tschechischen Grenze sowie die Linzer Ostumfahrung, damit sich der Verkehr nicht länger durch Linz wälzt. Damit werde eine durchgehende Autobahn-Verbindung zwischen Prag und Linz kommen.

„Das Land Oberösterreich investiert nicht nur in Straßen, sondern auch massiv in den öffentlichen Verkehr“, betont Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner. „Für den wirtschaftlichen Erfolg brauchen wir Hochleistungsstraßen. Wir verfolgen aber den Weg einer vernetzten Mobilität. Dabei gilt es nicht, den Individualverkehr gegen den öffentlichen Verkehr auszuspielen, sondern Mobilität gemeinsam zu planen.“

BRÜSSEL direkt

Türkise Vorlieben für schwarze Migranten

Wer kennt sie nicht, die „heimatverbundenen“ Vertreter der ÖVP. Nach der Sonntagsmesse wird im Trachtenanzug Volkstümlichkeit demonstriert. Schöne Worte über Österreich, Heimat und Christentum werden gesprochen, die Kinder mit eindringlichen Worten vor den bösen Grünen in Wien gewarnt.

Doch kaum besteigt der „heimatverbundene“ Türkise den Flieger nach Brüssel, geht eine gar seltsame Verwandlung mit ihm vor. Plötzlich stimmt er, nachdem er den Trachtenanzug im Kasten verstaut hat, mit den vielgescholtenen Grünen für mehr Immigration aus Afrika, für sichere

Migrationsrouten aus Afrika, für die Unterstützung der NGOS, gegen die er am Stammtisch wettet und gegen kritische Berichterstattung über Migranten aus Afrika. So geschehen im Frühjahr diesen Jahres. Die Mandatäre der ÖVP im Europaparlament haben alle zugestimmt.



■ Mag. Roman Haider
■ MEP





Foto: FPÖ Landtagsklub

Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner und Klubobmann Ing. Herwig Mahr

Sichere Finanzen für unsere Heimat

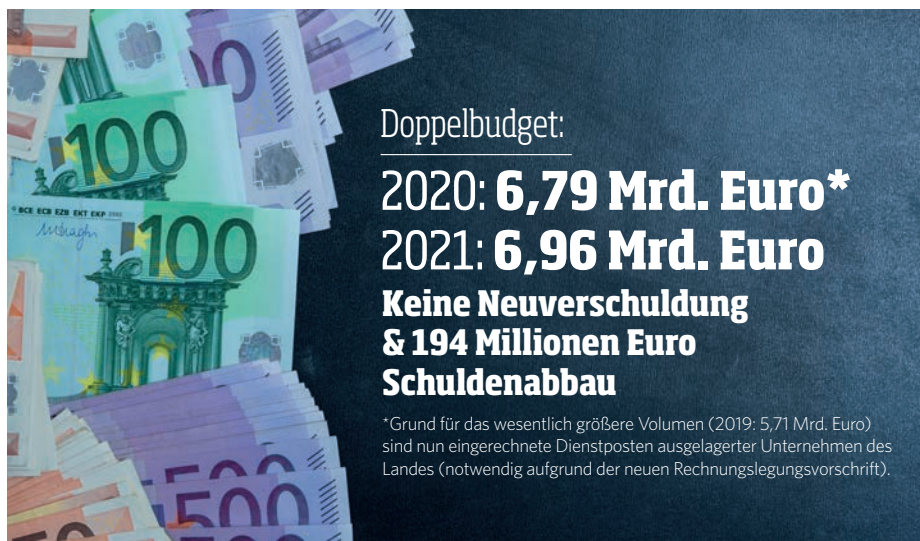
Erstmals wurden im Landtag ein Doppelbudget – also für die Jahre 2020 und 2021 – beschlossen. „Wir machen unsere Landesfinanzen zukunftsfit. Wir machen Finanzpolitik mit Weitblick und Hausverstand“, betonte FPÖ-Klubobmann Ing. Herwig Mahr in seiner Erklärung. Jährlich seien rund sieben Milliarden Euro veranschlagt und es werde in beiden Jahren nicht mehr ausgegeben als eingenommen. „Die FPÖ steht als Sicherheitspartei für stabile Finanzen. Wir sind der Garant für eine sichere Zukunft.“

„Wir bleiben unserem Neuverschuldungsverbot also treu, Schwerpunkt-Investitionen sind dennoch sichergestellt“, nennt Mahr Zahlen: Insgesamt können in diesen nächsten zwei Jahren rund 194 Millionen Euro Schulden abgebaut werden. „Denn unsere künftigen Generationen sollen nicht die Altlasten Oberösterreichs auf den Schultern tragen müssen. Wie in einem Familienhaushalt kann auch in der Politik nur das ausgegeben werden, was zur Verfügung steht. Alles andere kann auf Dauer nicht funktionieren. Aus diesem Grund werden wir unseren neuen Weg konsequent weitergehen.“

„Oberösterreich ist ein Land der Leistungsträger. Daher sind sichere Finanzen für unsere Heimat eine Grundvoraussetzung für unseren Wirtschaftsstandort. Im Jahr 2018 haben wir in Oberösterreich daher einen neuen Weg eingeschlagen. Wir haben den bis-

herigen Kurs der Schuldenpolitik korrigiert und stattdessen eine Finanzpolitik mit Hausverstand durchgesetzt. Keine neuen Schulden, konsequenter Abbau bestehender Rückstände und dennoch kräftige Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche lautet seither der Leitsatz der Landespolitik“, hebt FPÖ-Landespar-

teibmann, Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner hervor. Oberösterreich schaffe somit einen stabilen Schutzschirm gegen den drohenden wirtschaftlichen Abschwung und „außerdem verhindern wir damit teure und unvernünftige Beschlüsse im Jahr der Landtagswahl 2021.“



Philyra 2020:



Naturschutz hat einen Preis

Bereits jetzt kann man bis einschließlich 6. Juli 2020 beim Naturschutzpreis des Landes Oberösterreich „Philyra 2020“ mitmachen. „Es geht uns darum, möglichst viele Menschen für den Schutz unserer heimischen Natur zu mobilisieren. Zum Naturschutz gehört nicht nur die Erhaltung der Arten und Landschaften in Oberösterreich selbst, sondern auch das Schaffen von Bewusstsein bei den Bürgern. Je mehr davon wissen, desto besser. Durch entsprechende Projekte kann man andere Menschen auf den Naturschutz aufmerksam machen und zum Nachdenken anregen“, erklärt Landeshauptmann-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner die Idee hinter dem Preis.

Naturschutz beginne bei der Veränderung des eigenen Verhaltens bis hin zur aktiven Mitgestaltung. In drei Kategorien gibt es Auszeichnungen: Schüler sowie ganze Klassen zwischen 14- und 19 Jahren, Meinungsmacher in sozialen Medien und Naturschützer aus Leidenschaft. „Das sind sowohl Privatpersonen als auch Institutionen und Unternehmen“, so Haimbuchner. Für die drei Gewinner wird je ein Baum inklusive Widmung im Naturschutz-Park

der landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschule Ritzlhof gepflanzt.

„Gemeinsam mit den Bäumen der letzten Preisträger entsteht so ein dauerhaftes Denkmal für gelebten Naturschutz“, freut sich der Naturschutzreferent.

Weitere Informationen und Einreichmöglichkeiten auf www.philyra.at.



Dr. Manfred Haimbuchner, Landeshauptmann-Stv.



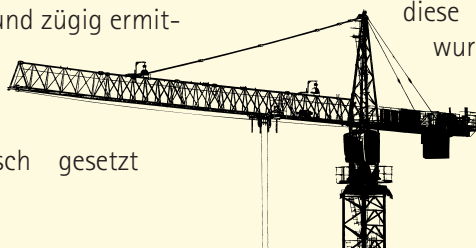
Causa Baukartell lückenlos aufklären

Zahlreiche Geständnisse und neue Erkenntnisse in der Causa Baukartell machen für FPÖ-Bundesparteiobmann, NAbg. Ing. Norbert Hofer eine lückenlose Aufklärung nötig.

„Es liegt der Verdacht sehr nahe, dass über viele Jahre die österreichischen Steuerzahler von 2006 bis 2017 massiv geschädigt wurden. Offenbar haben die großen und mittleren Baufirmen in Österreich bei bis zu 800 Projekten Preisabsprachen getroffen. Ich erwarte mir, dass die Justiz hier penibel und zügig ermittelt, damit für die Verantwortlichen die rechtlichen Konsequenzen rasch gesetzt

werden können“, so Hofer.

Der FPÖ-Chef schließt nicht aus, dass auch die Politik im Bereich von Bundes- und Landesebene in diese Causa involviert sein könnte. „Immerhin geht es auch um öffentliche Aufträge im Bereich von Ländern und Gemeinden. Hier sollte dringend aufgeklärt werden, ob in diese Absprachen auch Firmen verwickelt sind, die Zuwendungen an Parteien oder parteinahe Organisationen geleistet haben und in welcher Höhe diese geleistet wurden“, verlangt Hofer.



Bundesparteiobmann Ing. Norbert Hofer

Neuer FPÖ-Mandatar im Bundesrat

Durch den Wechsel von Rosa Ecker, MBA vom Bundesrat in den Nationalrat folgte ihr in die Länderkammer des Parlaments der Rieder Vizebürgermeister Thomas Dim nach.

"Thomas Dim ist bestens qualifiziert für die Tätigkeit als Bundesrat. Als Vizebürgermeister von Ried und ehemaliger Nationalratsabgeordneter konnte er schon viel Erfahrung für seine künftige verantwortungsvolle Tätigkeit sammeln. Er wird die Interessen Oberösterreichs auf Bundesebene jedenfalls bestens vertreten", ist Klubobmann Herwig Mahr überzeugt.



FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr und Bundesrat Thomas Dim

Thomas Dim wurde am 30.12.1964 in Ried im Innkreis geboren. Seit 2015 ist Dim Vizebürgermeister und Stadtparteiobmann der FPÖ Ried im Innkreis. Von Mai bis Oktober dieses Jahres war er im Nationalrat vertreten.

Dim ist seit 1986 als Buchhändler im Unternehmen seiner Familie tätig, nachdem er 1985 die Handelsakademie in Ried/Innkreis abgeschlossen hat.



PISA-Studie: Große Probleme bei Integration

Österreich liegt bei der PISA-Studie 2018 weiterhin im Schnitt der OECD-Staaten und hat ähnlich wie im Jahr 2015 abgeschnitten. Ganz vorne zu finden sind in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften diverse Regionen in China, aber auch Singapur. Ganz deutlich erkennbar ist, dass zwar die Leistungen der österreichischen Schüler in Lesen und Mathematik in etwa konstant bleiben. Aber auffallend ist, dass in Österreich Schüler mit Migrationshintergrund nach wie vor deutlich schlechter abschnitten und der Anteil dieser Schüler mit Migrationshintergrund von elf Prozent beim ersten PISA-Test im Jahr 2000 auf nunmehr 23 Prozent anstieg. Für den Unterrichtssprecher des FPÖ-Parlamentsklub, NAbg. Hermann Brückl, „zeigt das Ergebnis zwar keine Veränderung, aber große Probleme in der Integration. Es macht deutlich, dass wir dringend in unserem Land eine Bildungsreform brauchen.“

Während unsere Kinder weiterhin durchschnittlich bewertet wurden, Optimisten sprechen vom ‚guten Durchschnitt‘, zeigt die Überprüfung aber auch, dass Schüler mit Migrationshintergrund deutlich schlechter abschnitten. Die im Vorjahr begonnenen ersten Schritte – wie Deutschförderklassen und der Wiedereinführung der klassischen Schulnoten – werden durch den Koalitionsbruch durch die ÖVP leider nicht ausreichen, um hier Abhilfe zu schaffen“, so Brückl.

„Österreich dümpelt nach dieser Studie eigentlich nur hinterher, schön reden kann man das freilich nicht. Die Schüler Asiens sind allen

anderen ganz klar voran – Peking und Shanghai an der Spitze. In Europa zählen Estland und Finnland zu den besten Ländern. Eine neue Regierung unter ÖVP-Führung ist nun gefordert, die unter Blau-Schwarz vereinbarten Punkte weiter zu verfolgen, um die Fähigkeiten unserer Schüler zu verbessern. Es ist allerdings zu befürchten, dass eine ‚grüne Bildungspolitik‘ eher um einen Baum herumtanzen wird, als wichtige Maßnahmen zu setzen – alles natürlich zu Lasten unserer Kinder und unser aller Zukunft“, betonte Brückl.



NAbg. Hermann Brückl

Gewalt in Asylquartieren: **Anschöber** hält Informationen zurück

Völlig unzufriedenstellend ist die Beantwortung einer FPÖ-Anfrage zu Gewalt in Asylquartieren. „Wie in Tirol werden auch in Oberösterreich von den Grünen relevante Informationen unter Verschluss gehalten. Jeder Oberösterreicher sollte aber das Recht haben, über Vorfälle informiert zu werden und die konkreten Zahlen zu erfahren“, ist Klubobmann Herwig Mahr über die nicht zufriedenstellende Beantwortung von Landesrat Anschöber verärgert.

In 30 detaillierten Haupt- und zahlreichen dazugehörigen Unterfragen wollte die FPÖ vom zuständigen Landesregierungsmitglied wissen, wie es um die Gewalt in Oberösterreichs Grundversorgungsquartieren steht. „Unseren Fragen wurde ausgewichen, oft auch einfach nur mit der Begründung, es gebe keine Gesamtstatistik, beantwortet. Das erweckt ganz stark den Anschein, als würde man bewusst Zahlen zurückhalten“, kritisiert Mahr, dass diese Umgangsart mit schriftlichen Anfragen angesichts des verfassungsrechtlich gewährleisteten Kontrollrechtes des Landtages höchst bedenklich sei.

„Wie die Geschehnisse in Tirol zeigen, werden immer wieder Fakten unter den Teppich gekehrt. Dort wurden unzählige Vorfälle verschwiegen. Allein von Jänner bis Juli 2019 soll es zu mehr als 600 gravierenden Vorfällen in den landesweit insgesamt 80 Einrichtungen gekommen sein. In Oberösterreich sind etwa doppelt so viele Flüchtlinge in

der Grundversorgung, weswegen eine entsprechende Vorfalldichte jedenfalls nicht ausgeschlossen ist“, begründet Mahr die Anfrage. Kürzlich präsentierte Zahlen aus der Steiermark zeigen: Dort gab es fast 700 Polizeieinsätze in gerade einmal dreieinhalb Jahren. „Das ist schockierend.“

Laut Beantwortung von Integrations-Landesrat Anschöber wurden bisher 34 Personen in der oö. Grundversorgung einem Anti-Gewalt-Training zugeteilt. „Erst kürzlich haben aber tragische Gewalttaten gezeigt, dass der aktuelle Umgang mit gewaltbereiten Asylwerbern nicht ausreichend ist“, ruft Mahr in Erinnerung und fordert: „Damit die Sicherheit in Oberösterreich gewährleistet werden kann, muss das Asyl- und Sicherheitskonzept umfassend überarbeitet werden. Unter anderem ist eine Neustrukturierung der Quartiere notwendig, bei der eine Gefährdungsklassifizierung und Risikounterkünfte geschaffen werden.“



Lehre für Asylwerber:

Budgetausschuss öffnet Büchse der Pandora

Im Budgetausschuss des Parlaments wurde Anfang Dezember über die Lehre für Asylwerber abgestimmt. Für FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl „wurde damit die Büchse der Pandora geöffnet.“

Die Grünen würden sogar noch weitreichendere Forderungen erheben. Bei einer Doppellehre solle es nach den Vorstellungen der vermutlich zukünftigen Regierungspartei eine zusätzliche Verlängerung geben. Außerdem solle die Regelung auch für jene gelten, die bereits jetzt negativ beschieden seien. Außerdem wollen Grüne, SPÖ und Neos einen quasi nahtlosen Übergang von der Lehre zur Rot-Weiß-Rot-Card.

„Damit zeigt sich deutlich, dass es diesen Parteien ausschließlich um den Missbrauch des Asylrechts für Zuwanderung in den Arbeitsmarkt geht“, erklärte Kickl. Sämtliche pseudohumanitären Vorwände würden damit fallengelassen. Dies bedeute den ersten Schritt zur Aushebelung des Asylgesetzes und die Vermischung von Asyl und Einwanderung und führe zu einer Sogwirkung für unqualifizierte Migranten aus aller Herren Länder. Als nächstes komme dann der Familiennachzug.



Klubobmann Ing. Herwig Mahr:
„Anschöber legt keine Zahlen
auf den Tisch.“

Frauenmorde:**Den Zahlen und Fakten müssen Taten folgen**

FPÖ-Frauensprecherin NAbg. Rosa Ecker, MBA reagierte „entsetzt“ auf die Ergebnisse der von Ex-Innenminister Herbert Kickl in Auftrag gegebenen Untersuchung, in welcher von Fachleuten aus Polizei, Kriminalpsychologie und dem Wiener Institut für Strafrecht und Kriminologie alle geklärten Mordfälle von Jänner 2018 bis zum Jänner dieses Jahres – und hier vor allem die 18 Frauenmorde in diesem Zeitraum – untersucht wurden.

„Es ist mehr als alarmierend, dass die eigenen vier Wände für Frauen der gefährlichste Ort sind. Laut dem vorliegenden Ergebnis kannten sich in 92 % der Fälle Opfer und Täter, 54 Prozent waren verwandt oder bekannt und 38 % lebten in einer Beziehung oder in Trennung. Wenn sich Frauen aus der Gewalt in der Familie befreien wollen, müssen sie jene Hilfe und Unterstützung bekommen, um nicht der etwaigen Gefahr einer Gewalttat ausgesetzt zu sein“, wiederholte Ecker ihre klare Forderung nach einem massiven Ausbau des Opferschutzes: „Dazu gehört ganz klar, dass wir mehr Mutter-Kind-Heime brauchen, um Frauen vor den Tätern zu schützen.“

Aus dieser Studie geht weiters hervor, dass über die Hälfte der Täter bereits mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind. „Hier ist eine stärkere Vernetzung aller Behörden gefragt und vonnöten. Die Zahlen, Daten und Fakten zeigen aber auch, dass wir mit der Gewaltprävention bereits in den Schulen beginnen müssen, um dort über die Gleichstel-

lung der Frauen in Österreich aufzuklären“, so Ecker.

„44 % der erfassten Täter hatten bereits ein Betretungsverbot auferlegt bekommen, dennoch war ein Schutz der Frauen nicht gegeben. Dieser Umstand gibt zur Sorge Anlass, dass Frauen aus Furcht ihren Peinigern weiterhin Einlass gewähren. Dank der Initiative des ehemaligen Innenministers Herbert Kickl, gibt es nun eine Studie, um effektive Maßnahmen ausarbeiten und setzen zu können“, betonte Ecker.

**Oberösterreicher im Parlament**

Seit der letzten Nationalratswahl ist die FPÖ Oberösterreich mit NAbg. Mag. Gerhard Kaniak (Gesundheitssprecher), Rosa Ecker, MBA (Senioren, Gleichbehandlung, Frauen), DI Gerhard Deimek (Forschung, Innovation & Digitalisierung), Mag. Philipp Schrangl (Bauten und Wohnen), Hermann Brückl, MA (Unterricht) und Dr. Susanne Fürst (Geschäftsordnung, Verfassung) vertreten. (v.l.n.r. mit 3 NR-Präs. Ing. Norbert Hofer und Klubobmann Herbert Kickl).



Besuchen Sie
Manfred Haimbuchner
in den sozialen Medien:

fb.com/manfredhaimbuchner
instagram/manfredhaimbuchner



Bundesparteiobermann Ing. Norbert Hofer und Klubobmann Herbert Kickl

Integrationsstudie: Ergebnis ist alarmierend

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) hat eine neue Studie veröffentlicht. 700 Jugendliche mit afghanischem, syrischem, tschetschenischem, kurdischem, türkischem und bosnischem Migrationshintergrund sowie ohne Migrationshintergrund in Wien wurden befragt. Ganz klar wird veranschaulicht, dass muslimische Jugendliche ein Problem mit demokratischen Werten haben.

Viele von ihnen halten Gewalt für legitim, meinen, dass die Vorschriften des Islam über den Gesetzen Österreichs stehen und auch der Antisemitismus ist weit verbreitet. Die Hälfte der in Österreich lebenden Afghanen befürwortet demnach die Errichtung eines Gottesstaates. Ebenfalls rund die Hälfte der Befragten gaben an, dass die Vorschriften ihrer Religion über den Gesetzen in Österreich stehen. Zwei Drittel der Afghanen betrachten zudem Juden als Feinde aller Muslime..

■ Falsche Menschen ins Land gelassen

FPÖ-Obmann Norbert Hofer und Klubobmann Herbert Kickl sind entsetzt. „Diese Ergebnisse sind schockierend und zeigen, dass wir in den letzten Jahren die falschen Menschen zu uns ins Land gelassen haben. Es ist daher das höchste Gebot, die Grenzen vor dem drohenden nächsten Flüchtlingsansturm dicht zu machen“, meinte Hofer. Wie schlimm die Folgen eines laschen Umgangs eines Staates mit kriminellen Ausländern sein können, war

Ende November in London zu sehen. Der Messer-Attentäter auf der London Bridge war ein verurteilter islamistischer Terrorist, der vorzeitig aus der Haft entlassen wurde – obwohl der Richter beim Prozess im Jahr 2012 davor warnte, dass Usman K. dauerhaft eine Bedrohung bleiben werde. Usman K. startete seinen blutigen Angriff ausgerechnet bei einem Resozialisierungs-Programm für Ex-Häftlinge.

Die Gründe beinahe täglicher Einzelfälle – wie Ende November der Mord an einer fünffachen Mutter durch den afghanischen Ehemann in Wien – werden in der Umfrage schwarz auf weiß geliefert. Für die Hälfte der Afghanen ist demnach Gewalt ein legitimes Mittel zur Herstellung von Ehre und Respekt gegenüber sich selbst und ihrer Religion. „Die Sitten und Regeln des islamischen Lebens sind mit jenen in Österreich nicht kompatibel. Wer bei uns lebt, muss seine Verhaltensweisen ändern und die hier geltenden Regeln und Gesetze einhalten“, so Hofer,

der einmal mehr auch forderte, dass Transferleistungen für Ausländer gekürzt werden sollen, die sich nicht integrieren wollen.

■ Asylstatus überprüfen, aberkennen und abschieben

Und Kickl ergänzte: „Bevor wir Unsummen an Geld verschwenden, um diesen Menschen unsere Werte näherzubringen, was ohnedies selten gelingt, sollte in diesen Gruppen, die ja fast ausschließlich über Asylverfahren in Österreich gelandet sind, schnellstens die weitere Berechtigung zum Aufenthalt überprüft werden.“ In Tschetschenien herrsche schon lange kein Krieg mehr, auch in weiten Teilen von Afghanistan und Syrien gebe es keinerlei Kampfhandlungen mehr. „Ich sehe daher nicht ein, warum immer noch Syrer und Afghanen in hohen Prozentsätzen Asyl oder subsidiären Schutz zuerkannt bekommen. Und ich fordere das Innenministerium auf, bei den genannten Nationalitäten – also Syrer, Afghanen und Russen tschetschenischer Abstammung – organisiert und im großen Stil Überprüfungen der bereits gewährten Schutztitel einzuleiten“, so Kickl.





Herbert Kickl
FPÖ-Klubobmann

Ing. Norbert Hofer
FPÖ-Bundesparteiohmann

Johann Tschürtz
LH-Stv. im Burgenland

Einladung zum traditionellen

NEUJAHRSTREFFEN

Samstag, 11. Jänner 2020

Messe Oberwart · Halle 1

Zugang über Zentralfoyer · Garderobenbereich und Empfang Halle 1A

Ab 10.00 Uhr: Musik mit der „John Otti Band“

Ab 11.00 Uhr: LH-Stv. **Johann Tschürtz**

Klubobmann **Herbert Kickl**

Bundesparteiohmann und Dritter Nationalratspräsident **Norbert Hofer**

Wir freuen uns auf euer Kommen!

